

Inhaltsübersicht

Vorwort	v
Inhaltsverzeichnis	IX
Einleitung	1
§ 1 Untersuchungsanlass: <i>Die Probleme der gegenwärtigen Theorie der Mitgliedschaft</i>	1
§ 2 Untersuchungsansatz: <i>Der Begriff „Recht“ als Anwendungsfall der Relativität der Rechtsbegriffe</i>	11
§ 3 Zur Methodik der Arbeit	16
§ 4 Begrenzung des Untersuchungsgegenstandes	23
§ 5 Einordnung in den Forschungsstand	34
§ 6 Gang der Untersuchung	36
1. Teil: Das subjektive Recht als relativer Rechtsbegriff	39
§ 1 Der Begriff des subjektiven Rechts im Spannungsfeld von Rechtsdogmatik und positivem Recht	41
§ 2 Das subjektive Recht auf der Ebene des positiven Rechts als relativer Rechtsbegriff	61
§ 3 Zusammenfassung und weiteres Vorgehen	84
2. Teil: Der Begriff „Recht“ im Sinne des § 413 BGB	87
§ 1 Das Regelungsumfeld des § 413 BGB	91
§ 2 Der Begriff des subjektiven Rechts in § 413 BGB	267
§ 3 Zusammenfassung	300

3. Teil: Die Mitgliedschaft im Rechtsverkehrsrecht	303
<i>§ 1 Monismus und Dualismus der Mitgliedschaft im Sukzessionsrecht ...</i>	304
<i>§ 2 Kritik der Argumentationsmuster in der Literatur</i>	306
<i>§ 3 Die Veräußerung der Mitgliedschaft</i>	315
<i>§ 4 Die Mitgliedschaft als Gegenstand von Belastungen</i>	442
<i>§ 5 Zusammenfassung</i>	471
Schluss	473
Literaturverzeichnis	483
Sachverzeichnis	535

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	v
Inhaltsübersicht	VII
Einleitung	1
§ 1 <i>Untersuchungsanlass: Die Probleme der gegenwärtigen Theorie der Mitgliedschaft</i>	1
A. Die Ebene der Begriffsbildung	4
I. Subjektives Recht und Stellung im Rechtsverhältnis	4
II. Der Begriff des subjektiven Rechts	6
B. Die Ebene des Vergleichs von Normvoraussetzungen und Sachverhalt	10
§ 2 <i>Untersuchungsansatz: Der Begriff „Recht“ als Anwendungsfall der Relativität der Rechtsbegriffe</i>	11
A. Die Ebene der Begriffsbildung	12
B. Die Ebene des Vergleichs von Normvoraussetzungen und Sachverhalt	15
§ 3 <i>Zur Methodik der Arbeit</i>	16
A. Abgrenzung: Kein rechtsgeschäftliches Vorverständnis	16
B. Die Relativität der Rechtsbegriffe und das Prinzip teleologischer Rechtsfindung	21
§ 4 <i>Begrenzung des Untersuchungsgegenstandes</i>	23
A. Das Rechtsverkehrsrecht als Prüfstein	23
I. Das Deliktsrecht	24
II. Das Rechtsverkehrsrecht	26
III. Begründung der Eingrenzung auf das Rechtsverkehrsrecht	26
B. Die einzubeziehenden Rechtsformen	28
C. Keine Aufarbeitung von abstrakten Grundfragen	32
§ 5 <i>Einordnung in den Forschungsstand</i>	34
A. Das Recht der Mitgliedschaft	34
B. Das Rechtsverkehrsrecht	36

§ 6 Gang der Untersuchung	36
1. Teil: Das subjektive Recht als relativer Rechtsbegriff	39
§ 1 Der Begriff des subjektiven Rechts im Spannungsfeld von Rechtsdogmatik und positivem Recht	41
A. Rechtswissenschaftliche Ordnungsbegriffe und Begriffe des positiven Rechts	42
B. Differenzierung der Begriffssphären anhand des Gegenstandsbegriffes	47
I. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung um den Gegenstandsbegriff	47
II. Der Begriff des Gegenstandes im BGB	53
III. Konsequenzen für den Gegenstandsbegriff	55
C. Die Begriffe der Rechtsdogmatik	57
D. Fazit: Folgen für den Begriff des subjektiven Rechts	60
§ 2 Das subjektive Recht auf der Ebene des positiven Rechts als relativer Rechtsbegriff	61
A. „Andere Rechte“ im Sinne des § 413 BGB	63
B. „Sonstige Rechte“ im Sinne des § 823 Abs. 1 BGB	67
C. Das subjektive Recht als relativer Rechtsbegriff	71
I. Vergleich der Anwendungsbereiche von § 413 BGB und § 823 Abs. 1 BGB	71
II. Die Einbeziehung weiterer Vorschriften in den Vergleich	72
III. Ergebnis	75
D. Einwände gegen die Relativität des Begriffes „Recht“	75
I. Das subjektive Recht als vorgeprägter Begriff	78
II. Das subjektive Recht als gemeinsame Grundlage aller relativen Begriffe	82
III. Zusammenfassung	84
E. Fazit	84
§ 3 Zusammenfassung und weiteres Vorgehen	84
2. Teil: Der Begriff „Recht“ im Sinne des § 413 BGB	87
§ 1 Das Regelungsumfeld des § 413 BGB	91
A. Die Forderungsabtretung	92
I. Die Interessenlage bei der Übertragung von Forderungen	93
II. Die den Interessen entsprechenden Prinzipien des Abtretungsrechts	95
1. Das Prinzip der Sukzessionsfreiheit	95
2. Das Vertragsprinzip	97
3. Ergebnis	98

III. Die Abtretung im Spannungsfeld von Sukzessionsfreiheit und Vertragsprinzip	99
1. Die Perspektive der Relativität der Forderung	99
2. Die subjektiv-rechtliche Perspektive	101
3. Die abstrakte Unauflösbarkeit dieses Konfliktes	102
IV. Die Wertentscheidung des Gesetzgebers	104
1. Das Mitwirkungserfordernis des Schuldners in den Gesetzgebungsarbeiten	105
2. Das (fehlende) Mitwirkungserfordernis des Schuldners aus rechtshistorischer Perspektive	106
a) Die Unübertragbarkeit der Forderung im römischen Recht	106
b) Die Übertragbarkeit der Forderung im Naturrecht, usus modernus pandectarum und der Historischen Rechtsschule	110
c) Die Debatte während der Entstehungszeit des BGB	112
3. Die Entscheidung des Gesetzgebers für die Interessen des Gläubigers und des Rechtsverkehrs	114
a) Die Begründung des Vorentwurfes	114
b) Die Begründungen der Kommissionen	116
c) Fazit	117
4. Die Rechtfertigung der Entscheidung des Gesetzgebers für die Verkehrsinteressen	117
a) § 398 S. 1 BGB als Ausnahme vom Vertragsprinzip	118
b) Die Gründe für die Entscheidung gegen das Vertragsprinzip	119
aa) § 398 S. 1 BGB als Normierung des hypothetischen Parteiwillens	120
bb) § 398 S. 1 BGB als Normierung heteronomer Regelungsziele	125
cc) Schlussfolgerung	129
c) Fazit	130
5. Zusammenfassung	130
V. Ergebnis	130
B. Die Schuldübernahme	131
I. Die Interessenslage bei der Schuldübernahme	131
II. Die den Interessen entsprechenden Prinzipien und Perspektiven	132
1. Das Sukzessionsprinzip	133
2. Das Vertragsprinzip	136
3. Fazit: Die Schuldübernahme im Spannungsfeld von Sukzession und Vertragsprinzip	137
III. Die Wertentscheidung des Gesetzgebers	138
1. Die Wertentscheidung des Gesetzgebers in § 415 BGB	138

2.	Die Wertentscheidung des Gesetzgebers in § 414 BGB	140
3.	Die moderne Literatur über die Wertentscheidung des Gesetzgebers	141
4.	Die Wertentscheidung in der Gesamtbetrachtung	144
IV.	Ergebnis	145
C.	Die Vertragsübernahme	145
I.	Die Geschichte der Vertragsübernahme	146
II.	Die Vertragsübernahme nach der Einheitstheorie	154
1.	Die Konstruktion der Vertragsübernahme nach der Einheitstheorie	154
2.	Die Struktur des Schuldverhältnisses im weiteren Sinne	156
a)	Die Komplexität des Schuldverhältnisses	157
b)	Die Zweckgerichtetheit des Schuldverhältnisses	161
c)	Die Entwicklungsfähigkeit des Schuldverhältnisses	164
d)	Die produktive Kraft des Schuldverhältnisses	167
e)	Zusammenfassung	170
3.	Fazit	171
III.	Die notwendige Modifikation der Einheitstheorie	171
1.	Das Spezialitätsprinzip als Grundsatz des Verfügungsrechts	174
2.	Die Verdoppelung des Verfügungsobjektes durch die Einheitstheorie	176
3.	Die rechtstechnische Funktion des Spezialitätsprinzips	179
4.	Die Zerlegungstheorie als mögliche Lösung des Konfliktes mit dem Spezialitätsprinzip	184
5.	Die Unzulänglichkeit der Zerlegungstheorie	187
a)	Die Vertragspartnerstellung als Gestaltungsbefugnis über das künftige Vertragsprogramm	188
aa)	Die Dogmatik der Vorausverfügung über Forderungen	188
bb)	Die Unerheblichkeit abstrakt- begrifflicher Erwägungen	189
cc)	Die Zuweisung der Gestaltungsbefugnis als Wertungsfrage	193
dd)	Fazit	196
b)	Die Vertragspartnerstellung als Stammrechtsposition ...	196
aa)	Die Dogmatik der Vorausverfügung über Forderungen	197
bb)	Der Vorrang der Stammrechtsverfügung als Wertungsfrage	198
cc)	Anhaltspunkte für eine gesetzgeberische Wertung ...	201
dd)	Bewertung der Schutzwürdigkeit von Zessionar und Vertragsübernehmer	204

ee) Fazit	207
c) Die Vertragspartnerstellung als nebenpflichtenbelastete Position	208
d) Zusammenfassung	212
6. Die notwendige Modifikation der Einheitstheorie	212
a) Die Funktion der Vertragsübernahme	213
b) Einwände gegen die Reduzierung des Verfügungsgegenstandes	215
c) Vorteile der Modifikation der Vertragsübernahme	217
d) Übertragung auf andere Verfügungen	218
e) Zusammenfassung	219
7. Ergebnis	220
IV. Die Interessenlage bei der Vertragsübernahme	221
V. Die den Interessen entsprechenden Prinzipien	222
1. Das Sukzessionsprinzip	223
2. Das Vertragsprinzip	224
3. Ergebnis	225
VI. Die Wertentscheidung des Gesetzgebers	225
1. Die Abhängigkeit der Verteilung der Zuständigkeiten von der Konstruktion der Vertragsübernahme	225
2. Anhaltspunkte für die Wertentscheidung des Gesetzgebers	229
a) Die Wertung des § 566 BGB	230
b) Die Wertung der § 613a BGB und § 89b Abs. 3 Nr. 3 HGB	232
c) Die Wertung des § 651e BGB	236
d) Die Wertung des § 309 Nr. 10 BGB	239
e) Fazit	244
3. Kritik der einheitstheoretischen Interessenwertung	245
4. Die Rechtfertigung der Wertentscheidung	248
a) Die Zuweisung künftiger Berechtigungen und Belastungen	249
aa) Zukünftige Gestaltungsrechte und Empfangszuständigkeiten	249
bb) Zukünftige Rückgewähransprüche und -pflichten	252
cc) Fazit	253
b) Die Gestaltungsbefugnis über das künftige Vertragsprogramm	254
c) Die Bündelung und Erhaltung von Nebenpflichten in der Vertragspartnerstellung	256
d) Fazit	260
5. Zusammenfassung	264
VII. Konsequenzen	265
D. Zusammenfassung	266

§ 2 Der Begriff des subjektiven Rechts in § 413 BGB	267
A. Der Regelungs(kon)text des § 413 BGB	268
I. Der Regelungstext des § 413 BGB	268
II. Der Regelungskontext des § 413 BGB	270
1. Der Regelungsstandort	270
2. Verwandte Rechtsinstitute	271
a) Die Schuldübernahme	271
b) Vertragsübernahme	272
c) Schlussfolgerung	273
III. Fazit	274
B. Der entstehungsgeschichtliche Kontext von § 413 BGB	275
I. Der Rechtsstand der Vorentwurf	275
II. Die Beratungen der Kommissionen	278
III. Die Vorstellungen der Kommissionen vom Regelungsgehalt des § 413 BGB	279
1. Keine Beschränkung auf bestimmte Typen subjektiver Rechte	279
2. Keine Beschränkung auf absolute Rechte	280
3. Regelung des Übertragungsmodus, nicht der Übertragbarkeit	281
4. Zusammenfassung	283
IV. Konsequenzen für die Auslegung des § 413 BGB	283
1. Offenheit für alle Rechtspositionen dem Grunde nach	283
2. Beschränkung auf selbstständige veräußerliche Rechtspositionen	285
3. Das Zusammenspiel von §§ 413, 399 BGB	286
C. Zwischenfazit	287
D. Der teleologisch-systematische Kontext von § 413 BGB	288
I. Die Selbstständigkeit und Veräußerlichkeit als erste Merkmale des „Rechts“ im Sinne des § 413 BGB	289
II. Das Fehlen schutzwürdiger Interessen Dritter als zweites Merkmal des „Rechts“ im Sinne des § 413 BGB	292
1. Die Herleitung des Merkmals	292
2. Schutzwürdige Interessen bei absoluten Rechtspositionen	295
3. Schutzwürdige Interessen bei relativen Rechtspositionen	296
III. Ergebnis	298
E. Fazit: Der Begriff des Rechts in § 413 BGB	298
§ 3 Zusammenfassung	300

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XV
3. Teil: Die Mitgliedschaft im Rechtsverkehrsrecht	303
<i>§ 1 Monismus und Dualismus der Mitgliedschaft im Sukzessionsrecht ...</i>	304
<i>§ 2 Kritik der Argumentationsmuster in der Literatur</i>	306
A. Der vermögensrechtliche Ansatz vor dem Hintergrund des herausgearbeiteten Begriffes des Rechts	307
B. Der organisationsrechtliche Ansatz vor dem Hintergrund des herausgearbeiteten Begriffes des Rechts	309
I. Die Gestaltungsbefugnis des Mitglieds	309
II. Die Geschlossenheit der Mitgliedschaft	310
III. Die Pflichtenhaltigkeit der Mitgliedschaft	311
III. Fazit	314
C. Zusammenfassung	314
<i>§ 3 Die Veräußerung der Mitgliedschaft</i>	315
A. Die Mitgliedschaft in einer Personengesellschaft	315
I. Die selbstständige Bedeutung der Mitgliedschaft	316
II. Die Veräußerlichkeit der Mitgliedschaft	319
1. Keine Unveräußerlichkeit kraft gesetzlicher Anordnung ...	321
2. Keine Unveräußerlichkeit wegen entgegenstehender Interessen der Mitgesellschafter	322
3. Keine Unveräußerlichkeit wegen entgegenstehender Gläubigerinteressen	325
4. Keine Unveräußerlichkeit wegen entgegenstehender rechtspolitischer Gründe	327
5. Fazit	330
III. Schutzwürdige Interessen Dritter	331
1. Die Berücksichtigung der Interessen der Gläubiger	331
2. Die Berücksichtigung der Interessen der Mitgesellschafter	332
a) Begründungen in Rechtsprechung und Schrifttum	333
b) Die Leistungspflichten jedes Mitglieds	335
c) Die Befugnis zur Gestaltung des Verbandslebens	339
d) Die Befugnis zur Gestaltung der Grundlagen der Gesellschaft	346
e) Die Zuweisung gegenwärtiger unselbstständiger Berechtigungen und Belastungen	348
f) Die Zuweisung künftiger Berechtigungen und Belastungen	355
g) Die Zweckförderungs- beziehungsweise Treuepflicht ...	361
h) Zusammenführende Betrachtung	367
3. Ergebnis	369
IV. Vergleich mit dem Zessionsrecht	371
V. Vergleich mit dem Vertragsübernahmerecht	376

VI. Einwände gegen die Zuordnung der Mitgliedschaft zur Vertragsübernahme	378
1. Das organisationsrechtliche Element der Mitgliedschaft	379
a) Die Übertragbarkeit des Gesellschaftsanteils	379
b) Die Notwendigkeit der Zustimmung der Mitgesellschafter	380
c) Die Zuständigkeit für die Zustimmung zur Anteilsübertragung	381
d) Fazit	382
2. Zweifel an der Verfügungsqualität der Vertragsübernahme	383
3. Die Bewältigung fehlerhafter Anteilsübertragungen	387
4. Fazit	390
VII. Zwischenergebnis	391
VIII. Die Wirkungen der vertragsübernahmerechtlichen Anteilsübertragung	392
1. Vermögensrechte	393
2. Vermögenspflichten	395
3. Verwaltungsrechte und -pflichten	399
4. Persönliche Haftung für Gesellschaftsverbindlichkeiten	400
5. Zusammenfassung	400
IX. Ergebnis	401
X. Ausblick auf das Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts	402
B. Die Mitgliedschaft in einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung	406
I. Die selbstständige Bedeutung der Mitgliedschaft	407
II. Die Veräußerlichkeit der Mitgliedschaft	409
III. Schutzwürdige Interessen Dritter	415
1. Die Befugnis zur Gestaltung des Verbandslebens	415
2. Die Zuweisung gegenwärtiger und künftiger Berechtigungen und Belastungen	419
a) Die Zuweisung von Verwaltungsrechten	419
b) Die Zuweisung künftiger Vermögensrechte und -pflichten	421
c) Fazit	423
3. Treuepflicht	423
4. Zwischenergebnis	425
IV. Die Wertentscheidung des Gesetzgebers	426
1. Die Bedeutung von § 15 Abs. 1 GmbHG	426
2. Die Wertentscheidung des historischen Gesetzgebers	430
a) Das Desinvestitionsrecht des Gesellschafters	430
b) Das Fehlen einer unmittelbaren und unbeschränkten persönlichen Gesellschafterhaftung	432
c) Ergebnis	435

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XVII
3. Fazit	436
V. Die Vereinbarkeit der Pflichtenhaltigkeit der Mitgliedschaft mit der abtretungsrechtlichen Zuordnung des Geschäftsanteils	436
VI. Ergebnis	439
C. Fazit: Der sukzessionsrechtliche Dualismus der Mitgliedschaft	439
§ 4 Die Mitgliedschaft als Gegenstand von Belastungen	442
A. Einwände gegen die Belastbarkeit der Vertragspartnerstellung	446
I. Die Vorgaben des Spezialitätsprinzips	446
II. Die Pflichtenhaltigkeit der Vertragspartnerstellung	449
III. Ergebnis	450
B. §§ 1068 Abs. 1, 1273 Abs. 1 BGB als Anwendungsfälle der Relativität der Rechtsbegriffe	451
I. Selbstständige Rechtsposition	452
II. Übertragbarkeit	452
III. Keine Beschränkung auf den Veräußerungsmodus der §§ 413, 398 BGB	453
IV. Fazit	457
C. Nießbrauchsspezifische Voraussetzung: Die Nutzbarkeit der Rechtsposition	457
D. Die generelle Nießbrauchstauglichkeit der Vertragspartnerstellung	460
E. Die Nießbrauchstauglichkeit der personengesellschaftsrechtlichen Mitgliedschaft	462
I. Nießbrauchsrechtliche Zulässigkeit	463
II. Gesellschaftsrechtliche Zulässigkeit	466
III. Ergebnis	469
F. Ergebnis	469
§ 5 Zusammenfassung	471
Schluss	473
Literaturverzeichnis	483
Sachverzeichnis	535